

Kleine Anfrage

der Abg. Carola Wolle AfD

und

Antwort

des Ministeriums für Soziales und Integration

**Bewerbungen von Kommunen, als Modellkommune nach
„Tübinger“- oder „Tübinger plus“-Modell zu fungieren**

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Nach welchen Kriterien werden Auswahlen getroffen, nachdem sich Kommunen beworben und angeboten haben, sichere Öffnungsstrategien anzuwenden und sich als Modellkommune („Tübinger oder Tübinger plus“-Modell) zur Verfügung zu stellen?
2. Welche Kommunen haben sich seit Beginn dieses Modells dafür beworben/angeboten?
3. Welchen Kommunen wurde die Zusage gegeben?
4. Welchen Kommunen wurde eine Absage erteilt?
5. Wie werden die Kommunen durch die Landesregierung unterstützt?
6. Werden mit den kommunalen Spitzenverbänden Gespräche geführt, um Modelle, die den Gewerbetreibenden Perspektiven bieten, aufzuzeigen?
7. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um dem Veröden der Städte entgegenzuwirken bzw. dies zu verhindern?

12. 04. 2021

Wolle AfD

Begründung

Schon vor Corona war die Situation in den Innenstädten zunehmen schwierig. Kleinere Läden schlossen und die Innenstädte verödeten aus Sicht der Fragestellerin langsam zunehmend. Viele Ober-/Bürgermeister sehen sich daher in der Verantwortung, für ihre Städte und Gemeinden, auch unter Einhaltung strikter Coronaregeln zum Gesundheitsschutz der Bürger, ihre Innenstädte zu unterstützen und eine funktionierende Versorgung der Bürger weiterhin zu gewährleisten. Folgen des Lockdowns sind Schließungen einzelner kleiner Ladengeschäfte, aber auch landesweite Schließungen von Filialen von immer mehr Handelsketten wie bspw. Douglas, die wichtige Ankermieter sind. Sowohl für die Einkaufsstraßen in den Innenstädten, aber auch für Shopping-Center bedeutet das nichts Gutes – Leerstände drohen. Viele Innenstädte stehen daher nach Auffassung der Fragestellerin inzwischen kurz vor dem Kollaps. Die Gefahr ist groß, dass Corona und Lockdown verödete Stadtzentren hinterlassen, bestätigte auch Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier: „Die Coronakrise wirkt auf die Probleme der Innenstädte wie ein Brandbeschleuniger“. Am 7. April 2021 kündigte Ministerpräsident Söder an, vom 12. April an in acht bayerischen Städten nach dem Vorbild von Tübingen das öffentliche Leben hochzufahren. Vor diesem Hintergrund möchte die Fragestellerin mit dieser Kleinen Anfrage erfahren, wie die baden-württembergische Landesregierung positive Zeichen setzt oder setzen möchte, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken.

Antwort

Mit Schreiben vom 28. April 2021 Nr. 51-0141.5-016/10066 beantwortet das Ministerium für Soziales und Integration im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau die Kleine Anfrage wie folgt:

- 1. Nach welchen Kriterien werden Auswahlen getroffen, nachdem sich Kommunen beworben und angeboten haben, sichere Öffnungsstrategien anzuwenden und sich als Modellkommune („Tübinger oder Tübinger plus“-Modell) zur Verfügung zu stellen?*
- 2. Welche Kommunen haben sich seit Beginn dieses Modells dafür beworben/angeboten?*
- 3. Welchen Kommunen wurde die Zusage gegeben?*
- 4. Welchen Kommunen wurde eine Absage erteilt?*
- 5. Wie werden die Kommunen durch die Landesregierung unterstützt?*
- 6. Werden mit den kommunalen Spitzenverbänden Gespräche geführt, um Modelle, die den Gewerbetreibenden Perspektiven bieten, aufzuzeigen?*

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 1 bis 6 gemeinsam beantwortet.

Das Ministerium für Soziales und Integration hat die Prüfung von Anträgen und Interessensbekundungen zu weiteren Modellprojekten, mit denen Öffnungsschritte unter anderem mittels eines Testkonzepts untersucht werden sollen, vorerst zurückgestellt. Hintergrund für diese Entscheidung ist die aktuelle Entwicklung der Coronafallzahlen im Land.

Angesichts einer landesweiten 7-Tage-Inzidenz von knapp 182,9 pro 100.000 Einwohner (Stand 21. April) sind weitergehende Öffnungen im Rahmen von Modellvorhaben vorerst nicht vorgesehen.

Im Ministerium für Soziales und Integration sind in den vergangenen Wochen mehr als 60 Anträge oder Interessensbekundungen auf Genehmigung eines Modellprojektes eingegangen, die sich von Einzelhandel über Gastronomie und Tourismus bis hin zu Kulturangeboten erstrecken. Antragsteller sind primär einzelne Kommunen, Landkreise oder ganze Regionen, darunter einige mit niedrigen und andere mit höheren Inzidenzen.

Sobald es die Lage zulässt, wird das Ministerium für Soziales und Integration Anträge und entsprechende Öffnungsschritte wieder in den Blick nehmen.

Das Ministerium für Soziales und Integration steht im Austausch mit den Kommunalen Landesverbänden, um die entsprechenden Kriterien für Modellprojekte auch auf Grundlage bereits bestehender Erfahrungen weiterzuentwickeln und gemeinsam transparente Perspektiven für Modellvorhaben zur sicheren und kontrollierten Öffnungen zu schaffen.

7. Welche Maßnahmen plant die Landesregierung, um dem Veröden der Städte entgegenzuwirken bzw. dies zu verhindern?

Die Programme der Städtebauförderung haben seit 50 Jahren eine überragende Bedeutung für die Städte und Kommunen in Baden-Württemberg. Dies gilt traditionell insbesondere für eine nachhaltige Entwicklung der Innenstädte und Ortskerne. So hat die Städtebauförderung mit dem Bund-Länder-Programm „Lebendige Zentren“ einen deutlichen Fokus auf den Erhalt und die Entwicklung der Stadt- und Ortskerne gerichtet. Aber auch die beiden anderen aktuellen Bund-Länder-Programme „Sozialer Zusammenhalt“ und „Wachstum und Erneuerung“ stehen – genauso wie das landeseigene Landessanierungsprogramm – aufgrund ihrer flexiblen Ausgestaltung den Kommunen ebenfalls für ihre Innenstadtentwicklung zur Verfügung und werden hierfür intensiv genutzt. Insofern gibt es bereits jetzt und für die Zukunft eine breite Palette von Förderinstrumenten der Städtebauförderung, um die Kommunen in ihrer städtebaulichen Innenstadtentwicklung zu unterstützen. Darüber hinaus wird die Landesregierung im Rahmen des Projekts „Handel 2030“ künftig bei regionalen Trägern tätige Innenstadtberater fördern, die gemeinsam mit den lokalen Innenstadtakteuren Zukunftskonzepte entwickeln und bei Bedarf auch bei der Umsetzung unterstützen sollen.

Lucha

Minister für Soziales
und Integration